

# Der sächsische Erzähler,

## Wochenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtblatt der Königl. Amtshauptmannschaft, der Königl. Schul-Inspection u. des Königl. Hauptsteueramtes zu Pautzen, sowie des Königl. Amtsgerichtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch u. Sonnabends, und kostet einschließlich der Sonnabends erscheinenden „besonderen Beilage“ vierteljährlich 1 Mt. 50 Pfg.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend in der Expedition dieses Blattes angenommen. Fünfunddreißigster Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis Dienstag und Freitag früh 8 Uhr angenommen und kosten die dreispaltige Corpusspalte 10 Pfg. geringster Inseratbetrag 25 Pfg.

### Stadtbrief.

Gegen die Schuhmacherehefrau Anna verehel. Kotatko geb. Nejedly, gebürtig aus Detenic-Probel in Böhmen, zuletzt in Oberpaulan aufhältlich, 27 Jahre alt, welche flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls verhängt. Es wird ersucht, dieselbe zu verhaften und in das Amtsgerichts-Gefängnis zu Bischofswerda abzuliefern. Bischofswerda, den 28. Mai 1880. Königlich-Amtsgericht. Dr. Höcker. Fr.

### Dienstag, den 8. Juni d. J., früh 8 Uhr,

Fortsetzung der Scheitholz, Stockholz- und Reifig-Auction auf dem Holzschlag an der großen breiten Schneise und an der Schmölln-Demitzer Grenze. Versammlung auf dem ersten genannten Holzschlag. Stadtrath Bischofswerda, am 31. Mai 1880. Sitz.

Nach Vorschrift § 24 des Gesetzes vom 3. December 1868 sind die Landtagswähllisten im Monat Juni jeden Jahres einer Revision zu unterwerfen. Auf die jetzt vorzunehmende Revision wird anzufragen mit dem Bemerkten aufmerksam gemacht, daß jedem Theilhabenden die Einsicht der in der hiesigen Rathsexpediton ausliegenden Liste freisteht, etwaige Reclamationen aber rechtzeitig anzubringen sind, da nach erfolgter Anordnung einer Wahl die Wähllisten sofort zu schließen sind und den bis dahin nicht erledigten Reclamationen für diese Wahl keine weitere Folge zu geben ist. Bischofswerda, den 1. Juni 1880. Der Rath der Stadt Bischofswerda. Sitz.

### Politische Weltchau.

Die öffentliche Aufmerksamkeit beschäftigte sich in der vergangenen Woche mehr mit einigen Erlassen des Reichscanzlers, als mit der in Aussicht genommenen Rathconferenz zur Lösung der orientalischen Frage; denn noch immer ist die Conferenzenangelegenheit im Stadium der Vorberatung begriffen. Dagegen geben die Erlasse des Fürsten Bismarck an den deutschen Botschafter in Wien vollen Aufschluß über etwaige Unklarheiten in den Motiven zur Kirchenvorlage. Sie stellen klar, daß es nicht die Staatsregierung, sondern der Papst ist, welcher das Zustandekommen des kirchlichen Friedens hindert. Nicht beim Papst, sondern bei der deutschen Reichsregierung sind Ehrlichkeit und Friedensliebe vorhanden. Indem Leo die weitgehenden Zugeständnisse des Staates ablehnte, um noch mehr zu erpressen, vergaß er, daß es sich nicht um einen Vertrag zwischen Personen handelt, nicht um ein Geschäft, das für den Schlauesten den meisten Gewinn bringt, sondern um eine öffentliche Angelegenheit, in welcher außer Deutschland die ganze Welt Anteil nimmt, um eine Frage des Geistes und der Herzen, der Ehrlichkeit und des Rechts, deren Lösung zu erschweren oder unmöglich zu machen, kein Verdienst ist, sondern den Undersöhnlichen in der öffentlichen Achtung herabsetzen muß. Die preussische Staatsregierung hat bisher die Courtoisie gezeigt, an die Aufrichtigkeit der Friedensliebe des Vaticanus zu glauben; sie hat sich den Anschein gegeben, als verstehe sie die Schwierigkeiten zu würdigen, welche die Haltung des Centrums der römischen Kirchenpolitik bereitet. Nachdem der Canzler aber erkannt hat, daß sich nicht das Centrum hinter den Papst, sondern der Papst hinter das Centrum versteckt, spricht er offen die schwere Verschuldung des Papstes aus, von dem ein Wort genügt hätte, um die Centrumseute von ihrer steten Belämpfung der Regierung zurückzubringen. Der Papst ist verantwortlich für die Haltung des Centrums. Wichtigere als diese Kritik ist der Hinweis auf die Zukunft. Die Fortsetzung des Culturkampfes, eine neue Auflage der Hezereien und Drohungen sind nicht geeignet, die Regierung einzuschüchtern. Der Staat leidet darunter, aber die Kirche jedenfalls noch mehr. In dieser Hinsicht spricht Fürst Bismarck offen aus, daß die katholische Agitation im Lande zu früh ihr Pulver verschossen habe; mehr, als sie bisher erreicht, werde sie trotz aller Anstrengungen niemals erreichen, und da der Staat bisher die Unselbständigkeiten ertragen habe, so hat er auch in Zukunft nichts zu fürchten. Dank der Vortrefflichkeit jener Gesetze, die er zum Theil zu opern bereit ist. Der Reichscanzler schließt eingehend das practische Entgegenkommen, welches die Staatsregierung bereits bewiesen hat,

und er gedenkt ja bekanntlich trotz der Ablehnung der Curie die Formen debattiren und beschließen zu lassen, unter welchen ein noch weiteres Entgegenkommen möglich ist. Dabei verweigert er allerdings nicht, daß es thöricht sein würde, wenn die Regierung ihr scharfes Schwert zerbräche, während man seitens der Curie keinerlei Garantien besäße. Aber an und für sich zeigt Fürst Bismarck dabei eine Friedensliebe, die ungewöhnlich weit geht und möglicherweise vom preussischen Landtage nicht gutgeheißen werden wird. Ist das Centrum trotz alledem und alledem feindlich, der Papst trotz alledem entgegenkommen hartnäckig widerstrebend, warum soll das preussische Volk nicht ruhig warten, da es warten kann? Deutschland hat seinen guten Willen gezeigt, es ist nicht nöthig, ihn noch einmal eclatant zu bekunden, um vielleicht zum dritten Male abgewiesen zu werden. Vielleicht, oder vielmehr wahrscheinlich wird die Kirche entgegenkommender werden, wenn man die Gesetze bestehen und Alles beim Alten läßt.

Das „Dresdner Journal“ führt aus, daß die neuen kirchenpolitischen Vorlagen zugleich einen durchgreifenden Wechsel des bisher auf Seiten der Regierung beobachteten Kampfsystems namentlich hinsichtlich der Mittel des Kampfes, in sich schließt. Es wird dabei auf den Unterschied der preussischen Maßregeln und der österreichischen Kirchengesetze aufmerksam gemacht, der darin besteht, daß Letztere vorwiegend den Character von Verwaltungsgeetzen, Erstere den von Justizgesetzen haben. Wer dem österreichischen System den Vorzug gebe, weil dasselbe die Möglichkeit biete, auch die practischen Gesichtspunkte neben denjenigen des strengen Rechtes zur Geltung zu bringen, der werde auch die Vorlage des Herrn von Puttkammer willkommen heißen. Die preussische Regierung ist weit davon entfernt, einen prinzipiellen Rückschritt zu machen, oder den Weg nach Canossa einzuschlagen, sie hält die Grundsätze, die in den Maßregeln ausgesprochen sind, allenthalben aufrecht, aber sie will ihre Durchführung nicht mehr den Händen des unbeeuglichen Richteramts überlassen, sondern selbst in die Hände nehmen. „Fortiter in re, suaviter in modo“, das ist die Devise für die neueste Phase des sogenannten „Culturkampfes“ in Preußen, und es ist wohl möglich, daß dieser Systemwechsel dazu dient, den unseligen Streit zum friedlichen Ausgange zu führen.

Während in Oesterreich noch vor wenig Wochen mit aller Bestimmtheit behauptet wurde, daß das Cabinet Laaffe unmittelbar nach dem Ende der Reichsraths-Session seine Demission einreichen werde, ist heute, nach der officiellen Vertagung des Parlaments, nichts von einem derartigen Schritte der Regierung zu hören. Wie es scheint ist die früher allerdings bestandene Absicht, die Konsequenzen

aus der Abstimmung vom 13. April zu ziehen, aufgegeben worden. Offenbar hat dabei der Umstand den Ausschlag gegeben, daß die Rechte des Abgeordnetenhauses nicht wieder in der Minorität geblieben ist und die Regierung bis zur letzten Stunde consequent unterstützt hat. Gleichwohl werden im Cabinet einige Veränderungen Platz greifen, nur hat es mit denselben jetzt keine Eile mehr. Die parlamentarischen Kämpfe, die mit der Vertagung des Reichsrathes ihr Ende gefunden, werden sehr bald wieder eine Fortsetzung erfahren in den Landtagen, die am 8. Juni zusammentreten. Es dürfte in einzelnen Landtagen nicht minder laut zugehen, als dies im Reichsrathe der Fall war.

In Italien erwies der Ackerbauminister Miacelli der Regierung einen schlechten Dienst, indem er bei einer Reise in die südlichen Provinzen den Berliner Vertrag öffentlich mißbilligt und gegen Deutschland und Oesterreich geizert hat. In Wien dürfte man von dieser feindlichen Haltung eines Ministers des italienischen Cabinets nicht sehr erbaut sein, und es wird dem heißblütigen Herrn Miacelli, falls ihn, wie dies voraussichtlich geschieht, das auswärtige Ministerium desavouirt, nichts übrig bleiben als ein Brief à la Gladstone. Jedenfalls zeigt sich auf's Neue, daß die „Irredenta“ bis in die höchsten Kreise Anhänger zählt, die sich zuweilen durch unüberlegte Worte verrathen. Die italienische Thronrede constatirt dagegen die guten Beziehungen Italiens zu allen Mächten, sowie den Wunsch, das Mögliche zur lokalen Ausführung des Berliner Vertrages beizutragen.

Die Franzosen arbeiten eifrig an allerlei Reformen in der Armee. Nach der Organisation der Reserven und der Territorialarmee, zu welcher unsere Landwehr das Muster geliefert hat, nach dem Bau der Festungen, Forts und strategischen Eisenbahnen, nach der Artillerie und Infanterie hat man sich jetzt der Cavallerie zugewandt. Es wird beabsichtigt, eine Anzahl schwerer Reiter-Regimenter in leichte Cavallerie umzuwandeln, da viele Autoritäten sich gegen die Beibehaltung der Panzerreiter aussprechen. — Der Socialistenputsch in Paris ist mit Geschick und Energie unterdrückt worden und es dürfte für die öffentliche Ruhe sehr ersprießlich sein, daß der Lenztag gleich beim ersten Versuch, Unruhe zu stiften, die Macht der Sicherheitsbehörden fähig gelernt hat.

Unser guter Freund und getreuer Nachbar im Osten, Rußland bedroht die deutsche Industrie, besonders die Eisenbranche, abermals mit einer beträchtlichen Erhöhung der Schutzzölle. Der Wunsch eines wirtschaftlichen Hinterlandes im Osten ist seit langer Zeit ein Hauptgrund der Verzerrung des Handels, die, je näher der Grenze Rußlands man deutlicher hervortritt. Schlesien, Posen und